

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 5 | Juni 2026



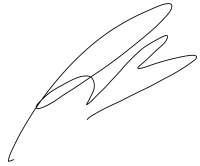
Moin,

diese Plenarwoche stand für mich ganz im Zeichen der Bildung – von der frühkindlichen Bildung in unseren Kitas bis zur Frage, wie wir Schulen im Umgang mit den Folgen sozialer Medien besser unterstützen. Bildung ist für mich als Kultusausschussmitglied ein echtes Herzensanliegen, weil hier die Grundlage dafür gelegt wird, ob Kinder Chancen bekommen, Familien verlässlich unterstützt werden und Fachkräfte gute Bedingungen vorfinden.

Entsprechend viele Anträge und Debatten haben sich diesmal mit genau diesen Fragen beschäftigt. Gleichzeitig ging es auch darum, wie eine starke Infrastruktur unsere Sicherheit, unsere Wirtschaft und unsere Region trägt. In dieser Ausgabe nehme ich Sie mit in die wichtigsten Diskussionen der Woche.

Viel Freude beim Lesen!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Neue Fristen sind noch keine Kita-Reform



Mit der Änderung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes verlängert Rot-Grün bestehende Übergangsregeln bis 2028. Eine echte Reform mit einer bezahlten, dualisierten Erzieherausbildung, besseren Arbeitsbedingungen und einer verlässlichen Finanzierung bleibt dagegen aus. Positiv ist die neue Regelung zur zahnmedizinischen Vorsorge, doch ein guter Einzelpunkt löst die grundlegenden Probleme unserer Kitas nicht. Meine gesamte Rede im Niedersächsischen Landtag können Sie sich hier gerne anschauen.

Social Media erst ab 14?



Soziale Medien ermöglichen Austausch, Information und gesellschaftliche Teilhabe, sind aber auch mit Risiken wie Cybermobbing, Desinformation, sexualisierter Gewalt und digitaler Abhängigkeit verbunden. Als CDU-Landtagsfraktion fordern wir deshalb, dass Niedersachsen gegenüber dem Bund auf ein Social-Media-Verbot für unter 14-Jährige mit verbindlicher Altersverifikation hinwirkt. Gleichzeitig wollen wir die Medienbildung stärken, Eltern und Schulen besser unterstützen, Beratungsangebote besonders im ländlichen Raum ausbauen und die Plattformbetreiber stärker in die Verantwortung nehmen. Ein Verbot allein reicht nicht, denn ein sicherer digitaler Alltag braucht Schutz, Prävention und verlässliche Hilfe.

Antrag der CDU-Fraktion: verantwortungsvoller Umgang mit Social Media

Starke Inklusion braucht starke Förderschulen

Die aktuelle Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes setzt bei der Inklusion aus meiner Sicht die falschen Schwerpunkte. Förderschulen sind wichtige Lernorte und zugleich Kompetenzzentren, von deren Fachwissen das gesamte Schulsystem profitiert. Wer ihren Zugang weiter einschränkt, schwächt die Wahlmöglichkeiten von Familien und damit auch eine gut funktionierende Inklusion. Entscheidend bleiben ausreichend Fachpersonal, verlässliche Unterstützung und die beste Förderung für jedes Kind.

Antrag der CDU, SPD und den Grünen

Handy aus, Unterricht an



Smartphones und Smartwatches dürfen Lernen und Konzentration nicht stören. Deshalb fordert wir als CDU klare Regeln für den Unterricht, die Pausen und den Ganztag – mit sinnvollen Ausnahmen. Gleichzeitig muss die Medienbildung verbindlich gestärkt werden. SPD und Grüne haben unseren Antrag jedoch abgelehnt.

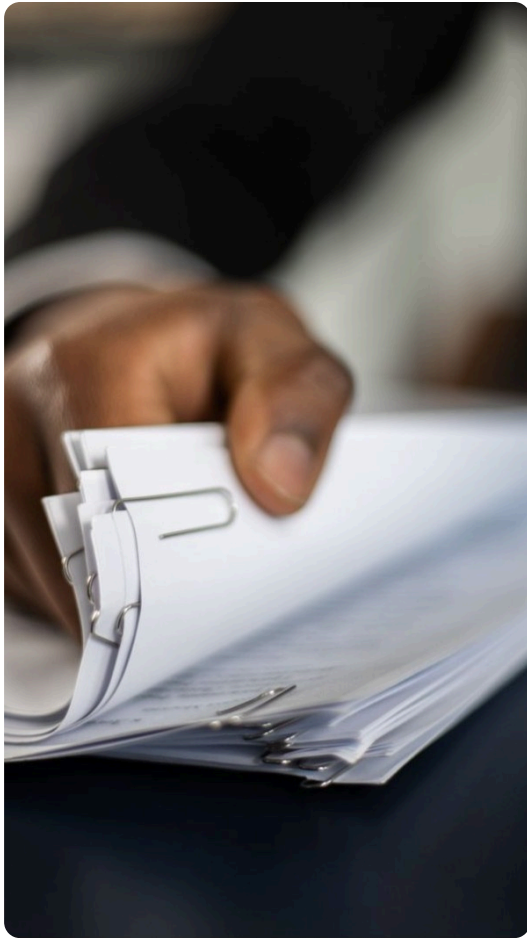
Gesetzesentwurf: Mobile Endgeräte

Sicher durch die digitale Welt

Soziale Medien gehören zum Alltag junger Menschen, bringen aber auch Risiken wie Cybermobbing, Gewaltvideos und psychische Belastungen mit sich, die längst bis in den Schulalltag hineinwirken. Deshalb wollen wir Schulen mit klaren Konzepten, geschulten Lehrkräften und einer verbindlichen Medienbildung besser unterstützen. Auch Eltern und außerschulische Partner müssen stärker einbezogen werden, damit Kinder und Jugendliche lernen, Risiken zu erkennen und verantwortungsvoll mit digitalen Angeboten umzugehen. Denn digitale Bildung bedeutet nicht nur technische Fähigkeiten, sondern auch Schutz, Orientierung und Sicherheit.

Antrag der CDU-Fraktion: Medienkompetenz

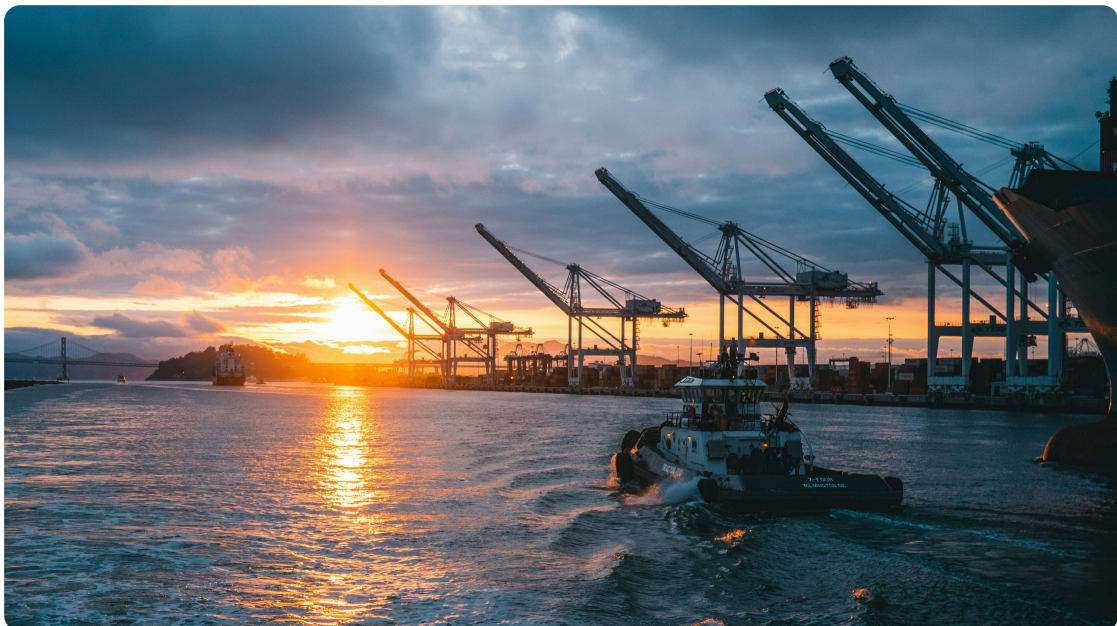
Weniger Aktenberge, mehr Zeit für unsere Kommunen



Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für die Aufgaben, die vor Ort wirklich zählen. Deshalb haben wir ein umfassendes kommunales Bürokratierückbaugesetz vorgelegt, das acht Landesgesetze und zahlreiche Bereiche von Schule und Kita bis Denkmalschutz und erneuerbaren Energien betrifft. Ziel sind schnellere digitale Verfahren, weniger Verwaltungsaufwand, mehr Fachkräfte und größere finanzielle Spielräume für Städte und Gemeinden.

Antrag der CDU-Fraktion: Handlungsfähigkeit der Kommunen

Verteidigungsfähigkeit braucht gute Infrastruktur



Deshalb setzen wir uns mit dem Antrag dafür ein, militärisch wichtige Hafenanlagen gezielt auszubauen, Bundesmittel sinnvoll einzusetzen und notwendige Investitionen gemeinsam mit Hafenbetreibern und Unternehmen zu planen.

Lüneburg ist mit der Theodor-Körner-Kaserne, dem Aufklärungslehrbataillon 3 und dem HIL-Stützpunkt ein bedeutender Bundeswehrstandort. Der Lüneburger Hafen selbst hat derzeit keine militärische Funktion. Als wichtiger Umschlagplatz am Elbe-Seitenkanal zeigt er aber ganz konkret, worauf es im Ernstfall ankommt: verlässliche Verkehrswege, sichere Versorgung und eine Infrastruktur, die auch in Krisenzeiten trägt.

Antrag der CDU-Fraktion: Finanzielle Spielräume nutzen

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Neben dem Plenumsnewsletter, in dem ich über aktuelle Anträge der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag informiere, berichte ich im Wahlkreisnewsletter über meine politische Arbeit vor Ort. Freuen Sie sich schon auf die nächste Ausgabe!



Anna Bauseneick MdL

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

